Haushaltsrede der Fraktionsvorsitzenden der UWG Selm
Maria Lipke zum Haushalt 2007

Es gilt das gesprochene Wort!

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

Die sogenannte Haushaltsrede gibt jedes Jahr den Fraktionen die Gelegenheit,
nicht nur den Haushalt bzw. die Finanzen zu beleuchten,
sondern auch die gesamte Politik des Stadtrates einer Betrachtung zu unterziehen, da letztendlich fast das gesamte Handeln
auch mit finanziellen Auswirkungen verbunden ist.

Beginnen möchte ich mit einem Zitat von Klaus Wowereit:
Berlin ist arm, aber sexy!
Was kann man daraus lernen?
Wenn man also arm ist, dann sollte man noch ein zweites Adjektiv finden,
ein positiv besetztes, sozusagen aus Trotz:
Wie wäre es mit kinderfreundlich?
Selm ist arm, aber kinderfreundlich!
Klingt gut, nicht wahr!
Sie sehen meine Damen und Herren,
ich bin schnell zum Thema gekommen
Bevor ich jedoch auf den UWG-Knackpunkt
es diesjährigen Haushalts eingehe
nur kurze Anmerkungen zur großen Politik:
Es ist ein alarmierendes Zeichen,
dass sich in Zeiten des Konjunkturaufschwungs
und steigender Steuereinnahmen
die Lage für die kommunalen Haushalte in NRW
nicht wirklich verbessert
und das Land seine Kommunen im Stich lässt.
In den letzten anderthalb Jahren unter der Regierung
von Ministerpräsident Rüttgers und Innenminister Wolf
wurden in einem beispiellosen Raubzug
den Kommunen mit dem Haushalt 2007 ca. 440 Mio. Euro entzogen,
etwa bei der Grunderwerbssteuer 165,3 Mio.,
bei den Krankenhausinvestitionen 110 Mio. Euro,
bei den Zuschüssen für den schienengebundenen Verkehr
in Höhe von 79,57 Mio.

oder den Kindergärten mit weiteren 42,75 Mio. Euro,
zusätzlich zu den Kürzungen im Vorjahr.
Haupt-Sparschweine in NRW sind Kinder, Jugendliche, Eltern und Kommunen. Gleichzeitig hatte Rüttgers noch die Traute,
das Jahr 2006 zum Jahr des Kindes zu nennen,

Zu diesem Bild gehört auch, dass die Regierung Rüttgers ,
auf Druck der FDP, die Rahmenbedingungen
für die wirtschaftliche Tätigkeit kommunaler Unternehmen,
trotz der massiven Proteste, drastisch einschränken will.

Privat vor Staat hat Grenzen!

Was die Daseinsvorsorge umfassen soll,
muss jede Kommune selbst entscheiden können.
Wie sie diese Vorsorge erbringt,
vor allem mit welchen wirtschaftlichen Mitteln,
muss ihr ebenfalls freigestellt werden.
Beides sind Bestandteile der kommunalen Selbstverwaltung.
Deshalb müssen Versuche, in den Gemeindeordnungen Verbote der wirtschaftlichen Betätigung zu verankern,
kompromisslos bekämpft
und Initiativen zur Rekommunalisierung unterstützt werden.

Ansonsten will ich mir die Düsseldorfer Politik im einzelnen ersparen.
Meine Damen und Herren,
Sie kriegen es sowieso nicht geregelt auf Ihre Landtags-
und Bundestagsabgeordneten Einfluss zu nehmen,
obwohl Sie an der Basis sitzen.

Eine Sache kann ich mir allerdings nicht verkneifen:
Meine Damen und Herren, sie wissen sicher,
dass Polizeibeamte in Nordrhein-Westfalen
neue Uniformen bekommen werden, dunkelblau!
Aber wussten Sie auch,
dass deshalb die Feuerwehr auch neue Uniformen braucht?
Feuerwehrblau ist demnächst Polizeifarbe, Hellblau ist im Moment für die Feuerwehr im Gespräch! Hellblau ist aber die Farbe des THW, oder???

Und wissen Sie auch wer das bezahlen soll? Ich auch nicht!
Aber, Feuerwehr ist Sache der Kommunen!

Ich erspare mir auch, wie vor zwei Jahren,
diese Haushaltsrede mit einer Antragsstaffel zu versehen.
Einen Antrag hatten wir diesmal:
Zum Tagesordnungspunkt 4 der heutigen Sitzung
wurde der Alternativvorschlag der UWG-Fraktion von Ihnen abgelehnt !

Selm arm, aber kinderfreundlich?

Es sah Anfang des Jahres 2006 gar nicht so schlecht damit aus,
mit der Kinderfreundlichkeit in Selm:
Ausreichende Kindergartenplätze,
Umwandlung einer Regelgruppe in eine Tagesstättengruppe in Bork.
Der Kindergarten Mittendrin wurde als Familienzentrum umgestaltet
Übrigens mit dem Untertitel „Chancen und Möglichkeiten für eine
familienfreundliche Stadt“

In der Familienbildungsstätte wurde ein Förderverein gegründet,
der sich in erster Linie um Familien kümmern soll.
Das Schüler-Projekt Stolpersteine,
ein Antrag der Hauptschüler wurde einstimmig angenommen.
Die Wiederbesetzung der Planstelle im Jugendheim
und nicht zuletzt die Anmietung und die Eröffnung des Jugendcafes
wurden realisiert.
Wir haben eine Resolution des Rates der Stadt Selm
zu den Sparbeschlüssen des Landes in der Kinder- und
Jugendförderung einstimmig beschlossen.
Wir haben zumindest den Versuch gemacht,
die Erich-Kästner Hauptschule in eine Ganztagssschule umzuwandeln.
Nicht ganz gesetzeskonform haben wir es geschafft
auch in Cappenberg eine Gruppe
im Rahmen der offenen Ganztagsschule einzurichten,
an der Pestalozzischule wurde eine zweite Gruppe eingerichtet
und die Pestalozzischule wurde in eine Förderschule umgewandelt.
Die kleinen Strolche fanden Unterstützung und sind damit dauerhaft
gesichert.
Selm hat bestens ausgerüstete Schulen:
Das Gymnasium erhielt das Gütesiegel für individuelle Förderung,
was sicherlich auch ein Verdienst der Stadt ist.
Trotz knapper Kassen befinden sich nämlich alle Schulen
in einem guten baulichen Zustand, die Ausstattungen sind
ausgezeichnet,
mit neuen Medien und naturwissenschaftlichen Fachräumen.

Das gleiche gilt für alle Grundschulen,
alle Schulhöfe der Grundschulen sind kindgerecht gestaltet worden,
die Lutherschule hat eine neue Turnhalle,
in der Overbergschule gibt es Räume der Sinne,
und Räume für individuellen kindgerechten Unterricht.
Praktisch alle Grundschulen bieten den offenen Ganztag an,

Das Projekt „Kindernotinsel wurde auf den Weg gebracht
Für die Waldschule wurden neue Verträge geschlossen.
Und obwohl die Landesregierung
unter dem Zeichen eines angeblichen Wettbewerbs um
Familienfreundlichkeit die Elternbeiträge für Kindergartenbeiträge
in kommunale Hoheit übertragen hat.
Und obwohl daraufhin die Verwaltung eine Gebührenerhöhung von 23% vorschlug,
setzte sich der Rat durch und beschloss:
keine Erhöhung der Kindergartenbeiträge!
Die Eltern in Selm wurden nicht zu Kassen gebeten!

Meine Damen und Herren, das war Ende Mai,
da konnte man noch sagen
Selm ist zwar arm, aber zumindest relativ kinderfreundlich!
Es geht also,
bis dahin war der Rat der Stadt Selm noch kein Erfüllungsgehilfe der Landesregierung.
Erster Wehrmutstropfen:
Wir haben pflichtgemäß den Kinder- und Jugendförderplan erarbeitet und beschlossen.
Da aber entgegen aller Wahlkampfversprechen
und trotz der Volksinitiative die Jugendförderung
von der Landesregierung um 21 Mio gekürzt wurde,
ist dieser Förderplan allerdings bereits vor der Verabschiedung ausgehebelt worden.
Sie sehen, meine Damen und Herren, obwohl ich es nicht will,
ich muss immer wieder auf die Landesregierung zurück kommen.

Womit wir beim Unheil wären!

Das Unheil begann im Februar 2006,
sozusagen mit der Verabschiedung des Haushaltes 2006,
den die UWG mitgetragen hat.
Wir haben diesen Haushalt mitgetragen,

obwohl mir die angekündigten Einsparungen der neuen Landesregierung immerhin 7 Seiten Kritik in der Haushaltsrede Wert waren.
Ja, wir haben den Haushalt 2006 trotz unserer Bedenken mitgetragen, allerdings nicht ohne zu drohen,
dass wir eine Liste der Grausamkeiten
aus Düsseldorf nicht mittragen werden.
Aber der Landeshaushalt war damals noch nicht verabschiedet,
wir waren so blauäugig und haben
z-B. an eine positive schulpolitische Wende geglaubt,
die man uns versprochen hat.
Selm, arm, aber kinderfreundlich?

Dann ging es nämlich los:
Nicht alles was kinderfreundlich aussieht,
ist auch kinderfreundlich:
Im August beschloss der Rat
eine finanzielle Förderung für das Kindernetzwerk,
mit Kooperationsvertrag mit dem Jugendamt.
Der Pferdefuss dabei war:
man zwang das Kindernetzwerk die flexiblen
Beitrags- und Personal-Konzepte aufzugeben,
verlangte, dass die Elternbeiträge kräftig ansteigen und und und....
Den Erfolg dieser Knebel kann man jetzt sehen:
Das Kindernetzwerk steht vor dem Aus.
Wir haben es damals schon befürchtet,
Sie werden sich erinnern!

Dann: keine Befreiung für Geschwisterkinder im Offenen Ganztag!

Es kommt schlimmer:

Der Rat der Stadt Selm lehnt aufgrund der vorläufigen Haushaltsführung
die freiwillige Übernahme des Eigenanteils
nach dem Lernmittelfreiheitsgesetz
für Empfänger von Leistungen nach SGB II ab.
Hartz IV Empfänger erhalten keinen Lernmittel-Zuschuss
betitelte anschließend die RN.
Wie auch immer: Für die betroffenen Schulkinder ist die Situation mehr als tragisch. Nicht nur, dass in Deutschland laut Pisa-Studie die soziale Herkunft für den erreichbaren Bildungsgrad so entscheidend ist wie in keinem anderen Land. Wenn jetzt noch nicht einmal mehr sichergestellt

wird, dass jedes Kind die Schulbücher erhält, die es braucht, ist dies im wahrsten Sinne des Wortes ein Armutszeugnis.
Hintergrund dieser Entscheidung: das neue Schulgesetz!
Die Landesregierung in Düsseldorf hat die Lernmittelfreiheit, die im Schulgesetz verankert war, eingeschränkt.
Dieses Problem lösten die meisten Städte, indem sie die Eigenanteile für Schulbücher aus freien Stücken übernahmen, auch bei vorläufiger Haushaltsführung.
Nicht so in Selm, Selm ist eine der wenigen Städte in NRW, die nicht für das Büchergeld aufkommt.
Wie gesagt Hintergrund ist das neue Schulgesetz in NRW.
Kurz vor den Sommerferien hat
der nordrhein-westfälische Landtag
nämlich dieses Gesetz in einer Nacht- und Nebelaktion. beschlossen.
Dieses Schulgesetz ist schon zum 1. August in Kraft getreten
und bestimmt ganz wesentlich,
wie es ab dem neuen Schuljahr an den Schulen laufen soll.
Der Ministerpräsident und die Schulministerin
haben offensichtlich gemerkt,
dass in dem neuen Schulgesetz eine Menge Konfliktstoff steckt.
Nicht umsonst haben sie jeder Lehrerin und jedem Lehrer
persönlich einen Brief nach Hause geschickt,
um ihnen das neue Schulgesetz schmackhaft zu machen.
Sie haben außerdem an die Schulleitungen
und an die Elternvertretungen geschrieben.
Alle wurden um Unterstützung für die Umsetzung
der neuen Regelungen gebeten.
Die Landesregierung lässt grüßen,
die Landes CDU verlangt Gehorsam!
Auch die CDU Selm gehorcht!
Wegen der Ausgewogenheit will ich aber auch die SPD nennen,
Auch die SPD gehorcht der Schulbehörde,
ignoriert die Sorgen der GEW, die aufgefordert hat den Bericht der Menschenrechtskommission ernst zu nehmen,
ignorierte auch die Kritiker der eigenen Partei.
Man kann vielleicht noch verstehen,
dass die SPD die Forderung von Minister Laschet,
das Pflichtkindergartenjahr als Vorschule
an die Grundschule anzuschließen ignoriert, weil
die Düsseldorfer SPD eigene,
neue Grundsätze der Bildungspolitik zum zentralen Wahlkampfthema der nächsten Landtagswahlen machen will.
Dieses SPD-Modell sieht vor, dass die Grundschulzeit
bis zur Klasse 6 ausgeweitet wird

und in den Klassen fünf und sechs alle Schüler gemeinsam unterrichtet werden. Was danach folgt, soll den Kommunen überlassen bleiben. Denkbar ist sowohl eine Fortschreibung in Gemeinschaftsklassen als auch eine Beibehaltung des gegliederten Systems.
„In jedem Fall aber sollen alle Schüler unter einem Dach von einem Kollegium unterrichtet werden.
So Hannelore Kraft Anfang diesen Monats.
Wahrscheinlich halten jedoch die Selmer Genossen nichts von diesen bildungspolitischen Grundsätzen der eigenen Partei, weil sie einverstanden sind, dass hier in Selm die dann dringend benötigten Grundschulgebäude verkauft werden sollen.

Augen zu, und die Lehrerfraktion setzte sich durch.

Alles zum Wohle des Landes.
Plötzlich ist es dann endgültig vorbei mit der Kinderfreundlichkeit.
Da beschließen die Mitglieder von CDU und SPD im Jugendhilfeausschuss,
man höre und staune: im Jugendhilfeausschuss,
dass 2 Spielplätze in Bork und Cappenberg geschlossen werden, um anschließend vermarktet zu werden.
Zum Glück hat man hier die Rechnung ohne die Anwohner gemacht:
Dieser Versuch an Geld zu kommen,
wurde durch den starken Protest der Anwohner der Stifterstraße zu Fall gebracht.

Auch bei der nächsten kinderfeindlichen Aktion hatten die Anwohner ein Wörtchen mitzureden:
Pferdewiese statt Spielplatz war der Titel in den Ruhr-Nachrichten.
Dabei war die CDU zuerst ausgesprochen begeistert von den Aktivitäten des Jugendamtes und man begrüßte mit großen Worten ausdrücklich den Spielplatz Oberhof als neuen Jugendtreff.
Aber dann wurden Anwohner aktiv und drohten mit Klage:
d.h weil Bekannte oder Wähler der CDU sich querstellten,
kam das große Aber,
und die CDU war plötzlich gegen diese Umgestaltung.
Nur mit einer Kampfabstimmung wurde der Spielplatz Oberhof von SPD und UWG und Bürgermeister dennoch durchgesetzt.
Trotz dieses Beschlusses hat man inzwischen angeblich eine bessere Lösung im Sinne der CDU gefunden.

Nicht ganz korrekt, aber es geht uns um die Sache:
Meine Damen und Herren, wir warten!
Wir sind gespannt,
ob der neu angedachte Aufenthaltsraum für Jugendliche eingerichtet wird.
Ansonsten werden wir auf den alten Beschluss pochen!

Wir kommen zum absoluten Hammer:
Wie gesagt, das Unheil begann eigentlich schon im Februar:
Vorlage 26/2006 vom 14.02.2006 „Entwicklung der Grundschulen in Selm.
Die Ratsfraktionen werden aufgefordert,
je einen Vertreter für die Mitarbeit
im „Arbeitskreis Grundschulentwicklung“ zu benennen.
Man müsse mal über die Grundschullandschaft reden!

Vielleicht begann das Unheil aber auch erst im August,
als der Beschluss gefasst wurde,
dass die beiden Arbeitskreise Offene Ganztagsschule
und Schulentwicklung zusammengelegt wurden.
Ein Arbeitskreis, indem die Schulaufsicht das Sagen hatte,
das konnte ja nicht gut gehen.
Was daraus geworden ist: ist heute beschlossen worden.
Selm arm, aber kinderfreundlich!
Dass ich nicht lache!
Wie kann man das jedoch erreichen?
Kinderfreundlichste Gemeinde ist die Stadt Laer
eine Stadt mit 6.400 Einwohnern, mitten im Münsterland.
Also, was machen die anders als Selm?
In Laer hat sich der grüne Bürgermeister und der Gemeinderat,
die CDU dominiert in Laer,
einer wirklich kinderfreundlichen Politik verschrieben.
Es gibt Ganztagsbetreuung für Kinder aller Altersstufen,
eine Ganztagsschule, Kindergartenplätze bis 16,30 Uhr,
eine öffentlich geförderte Elterninitiative betreut Kinder ab 4 Monaten.
Verlässliche Kinderbetreuungsangebote
und die Berücksichtigung der Belange von Eltern und Kinder,
daran arbeiten in Laer alle Beteiligten aus Politik,
Bürgerschaft und Verwaltung.
Laer nimmt die Bildungspolitik selbst in die Hand.
Die Kommunen, wie Selm, die sich zurückhalten
und auf die Zuständigkeit der Länder verweisen sind die Loser.

Meine Damen und Herren, ich glaube,
sie sind sich der eigenen Verantwortung nicht bewusst.
Wir hier sind verantwortlich, nicht das Land!
Natürlich ist es schwer
sich im Dschungel der Zuständigkeiten zurechtzufinden
und darauf abgestimmte Handlungsspielräume zu entwickeln.
Gleichwohl haben wir Handlungsspielräume.
Wir müssen uns nicht zum Erfüllungsgehilfen dieser Landesregierung
machen. Unsere Kinder sind uns wichtiger
als voreilender Gehorsam den Schulbehörden gegenüber.
Wenn nämlich individuelle Bildungsverläufe nicht gelingen,
nämlich durch große Schulen, große Klassen,
wenn Schüler untergehen,
schlägt sich das in wachsende Jugendhilfe- und Sozialausgaben nieder.
Spätestens dann, ist die Stadt wieder gefragt
und muss die Kosten tragen.

Bei zurückgehenden Schülerzahlen
sollten frei werdende Räume als Kooperation von Schule
und Jugendhilfe zu genutzt werden.
Eigentlich Pflichtaufgabe jeder Gemeinde,
in Selm Utopie,
Als langfristiges Ziel sollte allerdings die Überwindung der
unterschiedlichen Zuständigkeiten von Schule und Jugendhilfe sein.

Sinkende Schülerzahlen – freiwerdende Räume –
mehr Platz für außerschulische Angebote, das ist das Motto
Die demographische Entwicklung kann zur Chance werden,
wenn sie mit einer klaren bildungspolitischen Prioritätensetzung
verbunden wird.
Freiwerdende demographische Mittel müssen vollständig
für einen Qualitätszuwachs in der Bildung eingesetzt werden.
Dies gilt auch und gerade in Zeiten einer angespannten Haushaltslage.
Die rückläufigen Schülerzahlen sind zur Verbesserung der individuellen
Förderung und nicht zur Sanierung der Kassen zu nutzen.

Haben wir Mut zu ungewöhnlichen Experimenten:
Bundesbildungsministerin Annette Schavan
hat bereits in ihrer Zeit als Kultusministerin von Baden Württemberg
das jahrgangsübergreifende Lernen in Grundschulen propagiert.
Was z.B. die sogenannte Jenaplan-Pädagogik in Thüringen
schon länger sehr qualifiziert praktiziert,
erfährt auch in anderen Bundesländern
durch die demographische Not einen Schub:

Kombiklassen werden gebildet,
die mit der alten Zwerg- oder Dorfschulpädagogik
nur noch wenig zu tun haben.
Länder wie Hamburg, Hessen, Bremen und Rheinland-Pfalz favorisieren
schon seit Jahren das jahrgangsübergreifende Lernen.
Pädagogisch wird aus der Not eine Tugend gemacht:
Kinder können individueller je nach Leistungsniveau gefördert werden.

Auch in Nordrhein Westfalen gibt es diese Möglichkeit.
Jahrgangsübergreifender Unterricht ist in der Grundschule schon
lange ein fester Bestandteil der Bildungslandschaft.

Mit dem Konzept zur Schuleingangsphase in NRW rückt diese
Unterrichtsorganisation sogar in den Blickpunkt aller nordrhein-
westfälischen Grundschulen und wird zu einem festen Bestandteil
Ihrer Lehrerausbildung.

Nutzen wir die neue Entwicklung!
Sterben nämlich zu viele wohnortnahe Schulen
hat dies oft eine ungewollte Wirkung:
Es gründen sich Privatschulen,
die den staatlichen Schulen Konkurrenz machen.
Wo Schulgeld zwischen 150 und 400 Euro pro Monat verlangt wird.
Gemeint sind nicht die bekannten, katholische geführten Privatschulen,
die in der Regel kein Schulgeld verlangen, sondern Eliteschulen.
In dieser Woche wurde in Frontal 21 dazu einalarmierender Bericht
gezeigt,
bereits jeder 14. Schüler soll danach bereits jetzt in einer solchen
Privatschule unterrichtet werden.
Anfang März wurde bekannt,
dass das Land NRW die Errichtung solcher Privatschulen
vereinfacht und das Land hält Privatschulen für eine Bereicherung der
Bildungslandschaft.
Wollen wir das in Selm? Steckt das dahinter?
Soll das Lutherschulgebäude vielleicht Privatschule werden?
Gibt es schon einen entsprechenden Investor?
Ist das der Wunsch der Politik?

Und wenn in Selm Schulentwicklung gemacht wird,
dann muss man auch alle Schulen beleuchten .
Kümmern wir uns auch um die Hauptschule!
Der Hilferuf der Berliner Rütlisschule machte viele Aspekte sichtbar:
Die Hauptschüler befinden sich in der Sackgasse

Hauptschulen brauchen wirkungsvolle Unterstützung auch von den Kommunen. Damit sie nicht komplett zu Verlierern werden.
Wir sollten über eine Gesamtschule nachdenken!
Sie ist im Kommen, das dreigliedrige Schulsystem ist überholt behauptet
Sie sehen meine Damen und Herren,
Kinder und Bildungspolitik ist ein zentrales Thema.
Wir als UWG, wir stellen Kinder in den Mittelpunkt unserer Politik und lassen uns daran messen.

Meine Damen und Herren!
Es gibt viel zu tun!

Eine aufregende Zeit, die Kommunalwahl in Greven liegt hinter uns,
Vor uns liegt eine nicht minder heiße Zeit
Die Dramaturgie ist durch den Kalender vorgegeben
Schließlich schreiben wir die Woche 1 nach Greven
Das Problem hat die CDU
Das Problem ist die CDU
Schon wieder ein CDU-Kandidat gescheitert, in Greven und in Selm!
Die CDU hat uns das ganze Dilemma eingebrockt,
der CDU haben wir zu verdanken, dass die halbe Nation über Selm schadenfreudig lacht.
Meine Damen und Herren:
Sie haben uns den Kandidaten geholt,
Sie haben gewusst, dass Selm Sprungbrett sein wird
und dass er die nächste Gelegenheit ergreifen würde,
näher an seine Heimatstadt zu kommen,
Sie haben den ganzen Schlamassel zu verantworten,
in dem Selm zur Zeit steckt.
Sie haben ganz alleine die Verantwortung!

Abschließend möchte ich mich bei Frau Engemann
und ihren Mitarbeitern aus der Kämmerei
für dieses Zahlenwerk bedanken.
Die Fülle der Zahlen,
die besondere Systematik ihrer Darstellung und das eigene Regelwerk,
das für die Aufstellung und die Bewirtschaftung des NKF- Haushalts gilt,
machen es uns Ratsmitgliedern zwar schwer,
den Entwurf zu verstehen, zu kritisieren oder gar Alternativen zu entwickeln. Nur selten ist der Informationsvorsprung der Verwaltung so groß wie hier.

Wir arbeiten daran, diesen Vorsprung aufzuholen.
In diesem Jahr gilt es Ziele und Kennzahlen zu erarbeiten,
die UWG-Fraktion ist bereit daran mitzuarbeiten.
Wir freuen uns auf das Neue.

Wie gesagt, eine Haushaltsrede sagt meistens wenig über Finanzen aus,
sondern ist vielmehr eine Abrechnung über das,
was in dem vergangenen Jahr kommunalpolitisch passierte
oder auch nicht passierte.
Was hier zur Zeit passiert ist kinderfeindlich!
Die von Kanzlerin Merkel zu Recht angemahnte Kinderfreundlichkeit wird in Selm ad absurdum geführt.
Politiker aller Parteien predigen es.
Wissenschaftler werden nicht müde, es zu betonen.
Eben erst hat der Bundespräsident noch einmal wiederholt:
Bildung ist der Schlüssel- und
Bildung darf keine Frage des Geldes sein.
Statt Schulschließungen müßte es heißen :
Mehr Investitionen in Bildung, Bildung, Bildung.
Das ist die Antwort auf viele Herausforderungen und Problemen unserer Gesellschaft.
Oder, um es kurz zu fassen:
Meine Damen und Herren, nachdem sie sich in der Schulfrage nicht bewegt haben, ist die UWG-Fraktion zu der Entscheidung gekommen,
den Haushalts-Entwurf 007 mit allen Anlagen abzulehnen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit